



# Armenien Landesstrategie 2012–2020

**Impressum:**

Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten  
Sektion VII – Österreichische Entwicklungszusammenarbeit  
Minoritenplatz 8, 1014 Wien, Österreich  
Tel.: +43 (0)501150 – 4454  
Fax: +43 (0)501159 – 4454  
abtvi4@bmeia.gv.at  
www.entwicklung.at

Die Landesstrategie wurde verfasst von

- Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten,  
Sektion VII – Österreichische Entwicklungszusammenarbeit
- Büro für den Südkaukasus
- Austrian Development Agency

Wien, Oktober 2012

Bestellung:  
Austrian Development Agency (ADA),  
die Agentur der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit  
Information und Öffentlichkeitsarbeit  
Zelinkagasse 2, 1010 Wien, Österreich  
oeza.info@ada.gv.at, www.entwicklung.at

Titelbild: © GIZ

## Armenien

Die Anbindung der Schwarzmeerregion an den Donauroum ist ein wesentliches geopolitisches Anliegen der österreichischen Außenpolitik. Damit ist auch der Südkaukasus, mit dem Österreich langjährige bilaterale Beziehungen verbinden, wieder stärker in den Blickpunkt österreichischer Interessen gerückt. Diese Region an der Nahtstelle zwischen Europa und Asien und eingebettet zwischen den regionalen Mächten Russland, Iran und Türkei wurde in den mehr als 20 Jahren nach dem Ende der Sowjetunion immer wieder von Wirtschaftskrisen, bewaffneten Konflikten und politischen Unruhen erschüttert.

Österreich ist als Sitzstaat der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) in die Prozesse der Konfliktregulierung im Südkaukasus maßgeblich einbezogen und hat wiederholt aktiv an entsprechenden sicherheits- und friedenserhaltenden Operationen teilgenommen. Der Südkaukasus ist für Europa von zunehmender wirtschaftlicher, sicherheitspolitischer und energiepolitischer Bedeutung, was unter anderem in der Nachbarschaftspolitik der Europäischen Union Niederschlag findet. Die Länder des Südkaukasus sind ihrerseits um Annäherung an EU-Standards und -strukturen bemüht und nicht zuletzt deshalb auch an einer Intensivierung der bilateralen Beziehungen zu den EU-Mitgliedsstaaten einschließlich Österreich interessiert.

Der Südkaukasus ist Teil des Schwarzmeerraums, der mit dem Donauroum/Westbalkan die OEZA-Schwerpunktregion Südost-/Osteuropa bildet. Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit (OEZA) unterstützt diese Region beim Transformationsprozess hin zu mehr Marktwirtschaft und Demokratie. Sie versteht sich dabei im Sinne eines gesamtstaatlichen Ansatzes als Plattform für österreichische Interessen, insbesondere in den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur. Das Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten (BMeiA) ist um eine enge gegenseitige Einbindung in ressortspezifische Planungsabläufe, kohärentes Handeln über alle Ebenen sowie eine aktive Informations- und Kommunikationspolitik bemüht.

Das Südkaukasus-Engagement der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit begann mit einem Such- und Rettungseinsatz des Österreichischen Bundesheeres sowie humanitären Hilfslieferungen an die Erdbebenopfer in Armenien 1988 und entwickelte sich in den folgenden Jahren zu einem regionalen Programm mit den Schwerpunkten Rechtsstaatlichkeit und menschliche Sicherheit, Stärkung der Zivilgesellschaft und Konfliktprävention. Dieser regionale Ansatz wird nun durch bilaterale Landesstrategien für Armenien und Georgien ersetzt.

Die Ausarbeitung der Strategien erfolgte in enger Abstimmung mit Geberpartnern. Begleitung und Monitoring des OEZA-Engagements erfolgen durch ein in Tiflis eingerichtetes Büro der *Austrian Development Agency (ADA)*, das im November 2011 seine Arbeit aufnahm und 2013 zu einem regionalen Koordinationsbüro aufgewertet wird. Mit der Errichtung dieses Büros wird die österreichische Präsenz im Südkaukasus – die Österreichische Botschaft Armenien – Botschaft Wien, Österreichische Botschaft für Georgien in Baku, Honorarkonsulate, Polizei-Attaché in Tiflis, Österreich-Bibliotheken, Wirtschaftsunternehmen etc. – weiter verstärkt.



## Strategische Ziele der Zusammenarbeit

Der Zerfall der Sowjetunion führte in Armenien zu tiefgreifenden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungen, die sich bis heute auf die Stabilität des Landes auswirken: der Verlust von Absatzmärkten, fehlende internationale Wettbewerbsfähigkeit, der Konflikt mit Aserbaidschan um Berg-Karabach, Binnenflüchtlinge sowie innen- und außenpolitische Krisen.

Hauptziel der Zusammenarbeit zwischen Österreich und Armenien ist der Aufbau immer engerer bilateraler Beziehungen, wobei die frühere Zusammenarbeit intensiviert und die politische Zusammenarbeit vertieft werden sollen. Ferner werden Frieden und Stabilität in der Region durch grenzüberschreitende Maßnahmen zur Konfliktprävention gefestigt. Ein zentrales Anliegen ist es, Entwicklungspotenziale und bessere Rahmenbedingungen für Transformationsprozesse zu schaffen und damit zur Eigenanstrengung und Selbstverantwortung beizutragen.

Trotz beachtlicher wirtschaftlicher Fortschritte in den letzten Jahren lebt mehr als ein Viertel der armenischen Bevölkerung noch in absoluter **Armut** (siehe Zahlen und Fakten: sozioökonomische Indikatoren). Vorrangiges Ziel ist daher die Minderung der Armut durch Schaffung nachhaltiger und breitenwirksamer Beschäftigungs- und Einkommensmöglichkeiten, wobei sie zuerst von den Bedürfnissen des Kooperationslandes ausgeht.

Damit unterstützen wir den Übergang zu rechtsstaatlicher Demokratie und sozialer Marktwirtschaft und die Bemühungen um eine weitere Annäherung an europäische Werte und Strukturen, etwa durch Anpassung an EU-Normen und Standards im Rahmen der Östlichen Partnerschaft und der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP), auch wenn das Land derzeit noch ohne Beitrittsperspektive ist.

Grundlagen für die Landesstrategie sind das EZA-Gesetz, das Dreijahresprogramm der österreichischen Entwicklungspolitik sowie internationale entwicklungspolitische Verpflichtungen und Vorgaben wie die Prinzipien der Pariser Erklärung über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), die *EU Agenda for Change*, die Millenniumsentwicklungsziele (*Millennium Development Goals*, MDGs) der Vereinten Nationen, sowie grundlegende Strategiedokumente der armenischen Regierung. Diese Strategie soll durch gezielte Projekte in ausgewählten Schwerpunktbereichen einen effektiven Beitrag bei der Umsetzung dieser Verpflichtungen leisten.

Schwerpunkte der Landesstrategie

### Sektorschwerpunkt Landwirtschaft

Schwerpunktsektor der neuen Landesstrategie für Armenien ist **Landwirtschaft**. Die Auswahl dieses Sektors war vor allem vom Ziel der Armutsreduzierung und der sozioökonomisch und ökologisch nachhaltigen Entwicklung geleitet.

Mit dem Ende der Sowjetunion büßte die armenische Landwirtschaft, bis dahin der zweitwichtigste Wirtschaftszweig, zunehmend an Bedeutung ein. Die Landwirtschaft verlor wichtige Absatzmärkte und staatliche Unterstützung, die ehemaligen Kolchosen und Sowchosen wurden in mehreren Privatisierungsphasen in bäuerliche Kleinbetriebe umgewandelt.

Die daraus resultierenden Strukturprobleme – Vorherrschen von Klein- und Subsistenzbauern, geringe Produktivität, fehlender oder unzureichender Zugang zu modernen Technologien, Informationsnetzen und Vertriebsmethoden, Bankkrediten



und anderen Finanzdienstleistungen, inadäquate öffentliche Dienstleistungen und schlechte Infrastruktur – sind bis heute nicht überwunden. Bei der Flächennutzung ist die hauptsächlich durch schlechte landwirtschaftliche Praktiken und Überweidung verursachte Bodenerosion ein Problem. Einem Großteil des Landes droht Verstepung. Historisch gewachsenes Misstrauen gegen Agrargenossenschaften erschwert die Bemühungen um Ertragssteigerungen.

Neben städtischen Arbeitslosen, in Isolation lebenden intern Vertriebenen und von Frauen allein geführten Haushalten sind ländliche Bevölkerungsgruppen in Bergregionen besonders von Armut betroffen. Ländliche Armut ist auch eine Ursache von Landflucht und Emigration. Rücküberweisungen von saisonalen und permanenten Auslands migranten machen einen nennenswerten Anteil des Volkseinkommens aus.

Auf die Landwirtschaft entfallen in Armenien noch mehr als 17 % der gesamten Wirtschaftsleistung, bei einem Beschäftigungsanteil von rund 46 % der erwerbsfähigen Bevölkerung. Vor diesem Hintergrund hat die armenische Seite diesen Sektor als Fokus der bilateralen Zusammenarbeit und der integrierten ländlichen Entwicklung im Allgemeinen vorgeschlagen. Österreich weist ähnliche geologische und topografische Gegebenheiten wie Armenien auf und kann daher entsprechende Erfahrung und Know-how anbieten.

Nachhaltige Entwicklung setzt eine wettbewerbsfähige Wirtschaft voraus. Soziale Sicherheit, stabile Einkommen und Arbeitsplätze können in einer sich rasch ändernden globalisierten Welt nur durch entsprechende politische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen gewährleistet werden. Die für die Wettbewerbsfähigkeit auf den globalen Märkten notwendigen Reformmaßnahmen setzen moderne Technologien und Know-how voraus. Hier könnten sich auch Möglichkeiten der Beteiligung für die österreichische Wirtschaft ergeben, insbesondere im Bereich Förderung von Klein- und Mittelunternehmen. Der verbesserte Zugang zu lokalen und regionalen Märkten, verbesserte Unternehmensorganisation, die Vermittlung von fachspezifischen und betriebswirtschaftlichen Kenntnissen, modernes Marketing, Produktinnovation etc. stellen jedenfalls wichtige Aspekte der OEZA-Aktivitäten im Schwerpunktsektor Landwirtschaft dar.

Die wichtigsten Ziele in diesem Sektor sind Ernährungssicherheit und die Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit, der Produktivität und der Nachhaltigkeit der armenischen Landwirtschaft, auch und vor allem in benachteiligten Berg- und Grenzregionen. Durch angepasste, ökologisch nachhaltige landwirtschaftliche Methoden, den Aufbau von lokalen Wertschöpfungsketten, Produktdiversifizierung und die bessere Nutzung des bebaubaren Landes durch gemeinschaftliche Bodenbewirtschaftung über landwirtschaftliche Vereinigungen sollen Nahrungsmittelqualität und -sicherheit verbessert und die Exportchancen der Landwirtschaft erhöht werden. Mit diesen Maßnahmen soll auch die Umsetzung der Strategien der armenischen Regierung zur nachhaltigen landwirtschaftlichen und ländlichen Entwicklung bzw. zur Nahrungsmittelsicherheit unterstützt werden.

Die Strategie sieht auch Maßnahmen zur Förderung der armenischen Viehzucht vor, beispielsweise durch verbesserte Tiergesundheit und nachhaltige Weidenbewirtschaftung. Komplementäre Maßnahmen in den Bereichen ländlicher Tourismus und erneuerbare Energie können ebenfalls zu einer höheren Wertschöpfung beitragen. Die Verbesserung des Zugangs zu Grund und Boden, insbesondere für Frauen und marginalisierte und benachteiligte soziale Gruppen ist ein weiterer wichtiger Aspekt der Strategie. Die OEZA-Interventionen sollen insbesondere die Bemühungen der armenischen Regierung in den Bereichen Landreform, Stärkung des Eigentums- und Vertragsrechts und Verbesserung des allgemeinen Wirtschafts- und Investitionsklimas unterstützen. In diesem Zusammenhang werden die Durchführung eines



ersten Agrarzensus und der Aufbau eines Statistikwesens im Landwirtschaftssektor gefördert.

Wichtiger Partner der OEZA im Landwirtschaftssektor ist neben dem Lebensministerium und anderen zuständigen und interessierten Institutionen auch die österreichische Wirtschaft.

**Projektbeispiel:**

**Errichtung von Genossenschaften in der Provinz Tavush**

Dieses Projekt dient der Gründung und Entwicklung von Genossenschaften in der Provinz Tavush im Nordosten Armeniens. Konkret sollen in verschiedenen Gemeinden mindestens sechs Genossenschaften aufgebaut werden, Marketingunterstützung geleistet, ein Verarbeitungsbetrieb für landwirtschaftliche Produkte mit direkten Abnehmern in der lokalen Industrie sowie zwei Kühllhäuser errichtet werden. Im Rahmen dieses Projektes, an dem auch Oxfam, das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) und das *Center for Agribusiness and Rural Development Foundation CARD*, ein bewährter OEZA-Partner in Armenien, beteiligt sind, soll unter anderem der Zugang zu günstigen Krediten verbessert, die Entwicklung eines Gesetzes für landwirtschaftliche Genossenschaften unterstützt, das landwirtschaftliche Produktions- und Absatzrisiko vermindert und die landwirtschaftliche Wertschöpfung gestärkt werden.

## Querschnittsthema Governance

Querschnittsthema der neuen Strategie ist **Governance**, in deren Rahmen unter anderem auch die bereits erwähnten Förderbereiche des früheren Regionalprogramms – **Konfliktprävention**, Sicherheit und Stärkung der Zivilgesellschaft – weiter geführt werden, wobei von Aktivitäten in militarisierten Konfliktzonen abgesehen wird. Umfassende vertrauensbildende Maßnahmen zur Vermeidung von sozialen und politischen Spannungen, unter besonderer Berücksichtigung der Interessen von marginalisierten, ethnischen und sozial benachteiligten Bevölkerungsgruppen, sind ein wesentlicher Aspekt der Konfliktprävention und eine wichtige Voraussetzung für nachhaltige Entwicklung, Demokratisierung, politische Stabilisierung und menschliche Sicherheit.

Politische und soziale Stabilität und Sicherheit sind auch wesentliche Voraussetzungen für die Verbesserung des Investitionsklimas und der allgemeinen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, und schließlich für die Stärkung des Vertrauens in die Zukunft des Landes. Nur so können inländische Ressourcen mobilisiert, ausländische Direktinvestitionen angezogen und Kapitalabflüsse und *Brain Drain* verhindert werden.

Armenien hat in den letzten Jahren beachtliche Fortschritte in Bezug auf Demokratie, Menschen- und Minderheitenrechte, Korruptionsbekämpfung etc. erzielt. Die OEZA-Interventionen insbesondere in den Bereichen **Dezentralisierung und Regionalentwicklung** sollen u. a. durch gezielte Kapazitätsentwicklung, die positive Entwicklung in Bezug auf Transparenz und Rechtsstaatlichkeit, Bürgerbeteiligung, Stärkung der Zivilgesellschaft und des Privatsektors weiter festigen.

Programm- bzw. projekt-relevante Entscheidungen sollen i. S. der Subsidiarität möglichst nahe an den BürgerInnen getroffen werden. Der Einbeziehung der lokalen Bevölkerung in die Planung, die Umsetzung und das Monitoring von Projekten und Programmen wird dabei besondere Beachtung geschenkt. Die aktive Beteiligung von Frauen, ethnischen Minderheiten und marginalisierten Gruppen an politischen und sozioökonomischen Prozessen soll in diesem Zusammenhang gezielt gefördert werden.

Die OEZA-Aktivitäten im Bereich *Governance* sind als unterstützende begleitende Maßnahmen zu den Projekten und Programmen im Schwerpunktsektor Landwirtschaft konzipiert. Sie sollen auch die Annäherung an entsprechende EU-Standards, -Werte und -Strukturen fördern.

**Projektbeispiel****CARE Projekt zur Inklusiven Wirtschaftlichen Entwicklung und Governance im Südkaukasus (JOIN)**

Das Projekt JOIN (*Local Actors Join for Inclusive Economic Development and Governance in South Caucasus*) konzentriert sich auf die Armutsbekämpfung im Grenzbereich Armeniens und Georgiens. In 13 Gemeinden wird die Zusammenarbeit lokaler Regierungsstellen und Interessensgruppen unterstützt. Dabei wird die sozioökonomische Situation verarmter Bauern und insbesondere von Frauen durch Kapazitätsentwicklung und Integration in den agroökonomischen Wirtschaftskreislauf verbessert und ein für den Aufbau von wirtschaftlichen Wertschöpfungsketten günstiges lokales Umfeld geschaffen.

**Regionale Schwerpunkte der Landesstrategie**

Die OEZA-Aktivitäten im Rahmen der Schwerpunkte der neuen Landesstrategie konzentrieren sich auf die von Armut besonders betroffenen nördlichen Grenzregionen („marzes“) Shirak, Lori und Tavush und sollen die Dezentralisierungsbestrebungen der Regierung im Rahmen der Umsetzung des Gesetzes über Lokale Selbstverwaltung (2002) unterstützen<sup>1</sup>. Die OEZA fördert bereits seit 2009 Projekte zur Stärkung von Lokalverwaltungen in Nordarmenien. Durch technische Beratung und Kapazitätsentwicklung soll dieses Engagement fortgesetzt und intensiviert werden, teilweise auch in Form von grenzübergreifenden Projekten.

Den Provinz- und Gemeindeverwaltungen in Nordarmenien fehlt es vor allem in den Bereichen Organisationsentwicklung, Prozessplanung, Datensammlung und -analyse sowie Finanzmanagement an Ausbildung und Wissen. Die OEZA-Projekte sollen die Zusammenarbeit zwischen den Gemeindeverwaltungen, der Zivilgesellschaft und dem Privatsektor fördern und die Gemeindepolitik inklusiver/partizipatorischer, transparenter und verantwortlicher machen, i. S. der Verbesserung der Qualität der lokalen öffentlichen Dienstleistungen.

## Umsetzung und Koordinierung

Die OEZA muss unterschiedliche Zeithorizonte berücksichtigen und einen Fokus auf langfristiges Engagement legen. Planung, Umsetzung und Koordinierung werden im Sinne der Erklärungen über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit von Paris, Accra und Busan auf Arbeitsteilung im Rahmen der Geberkoordination angelegt. Eigenverantwortung (*Ownership*) des Entwicklungsprozesses und Befähigung zur Selbsthilfe durch die Institutionen und Organisationen des Partnerlandes spielen für einen wirksamen Einsatz von Mitteln der OEZA eine besondere Rolle. Eigenverantwortung und gute Regierungsführung (*Good Governance*) sollen in diesem Zusammenhang durch umfassenden Dialog mit lokalen Partnern und den Aufbau und die Entwicklung entsprechender Kapazitäten auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene gestärkt werden. Verbesserte Arbeitsteilung innerhalb der Gebergemein-

<sup>1</sup> Armenien besteht aus 10 Regionen („marzes“; ohne eigenes Budget und daher ohne echte Verwaltungsautonomie), aus der Hauptstadt Jerewan und 930 Gemeinden (in Selbstverwaltung). Mehr als 90 % der Gemeinden – das sind ca. 30 % der Gesamtbevölkerung – sind ländlich und haben weniger als 5.000 EinwohnerInnen.



schaft durch Abstimmung der bilateralen Programme und Harmonisierung mit den nationalen Strategien der Empfängerstaaten sollen diesen Prozess unterstützen.

Armenien ist so wie die anderen Südkaukasus-Staaten seit 2004 in die Nachbarschaftspolitik der EU eingebunden und auch Teil der Östlichen Partnerschaft. Armenien erhält Unterstützung vorwiegend aus dem Europäischen Nachbarschaftspolitik-Instrument (ENPI), das zur Einrichtung eines Raums des Wohlstands und der gut-nachbarlichen Beziehungen geschaffen wurde. Darüber hinaus erhält Armenien Mittel im Rahmen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit (z. B. Schwarzmeer-Programm) sowie aus thematischen und Nuklearprogrammen.

Die Aktivitäten der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit in Armenien werden daher eng mit der Europäischen Kommission und den EU-Mitgliedsstaaten, aber auch mit anderen bilateralen und multilateralen Gebern abgestimmt. Die neue OEZA-Strategie orientiert sich entsprechend an relevanten Dokumenten der Europäischen Kommission für Armenien wie dem Partnerschafts- und Kooperationsabkommen von 1996, dem darauf beruhenden Aktionsplan und dem Nationalen Indikativprogramm.

Geberkoordination vor Ort obliegt formell der Koordinationsstelle im armenischen Wirtschaftsministerium. Die eigentliche Koordination wird von den großen Gebern wie der Weltbank, der *United States Agency for International Development* (USAID), UNDP und EU organisiert. Sektor-spezifische Fragen werden in eigenen Arbeitsgruppen oder ad hoc einberufenen bilateralen Gesprächen mit Projektpartnern erörtert. Es gibt derzeit noch keine Plattform für einen regelmäßigen Dialog mit der Gebergemeinschaft und der armenischen Zivilgesellschaft.

## Kohärenz und komplementäre Instrumente der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit

Ein nachhaltiger Erfolg und eine weitere Stärkung der bilateralen Zusammenarbeit kann nur durch kohärentes Handeln erreicht werden. Österreichische Partnerinstitutionen und -organisationen waren daher von Beginn an in den Strategieentwicklungsprozess eingebunden. Die Nutzung von Synergien durch Identifizierung, Koordinierung und Umsetzung gemeinsamer Projekte mit anderen Ressorts, Nichtregierungsorganisationen (NRO), der Oesterreichischen Entwicklungsbank (OeEB) sowie VertreterInnen der österreichischen Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur soll verstärkt werden. Diese können durch die Unterstützung von OEZA-Projekten im Rahmen von Wirtschaftspartnerschaften oder durch berufsbildende Maßnahmen einen wichtigen komplementären Beitrag leisten.

Das Bundesministerium für Finanzen und die Oesterreichische Nationalbank tragen über die jeweiligen Stimmrechtsgruppen innerhalb der internationalen Finanzinstitutionen zur Kohärenz mit den österreichischen entwicklungspolitischen Zielen bei. Das Bundesministerium für Landesverteidigung pflegt Fachkontakte in Zusammenhang mit der Sicherheitssektor-Reform. Die Programme und Projekte der OEZA werden schließlich auch durch komplementäre Aktivitäten anderer Sektionen im BMeiA, unter anderem über Finanzierungsinstrumente im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik, unterstützt.

Eine wichtige Funktion des OEZA-Büros in Tiflis liegt im weiteren Aufbau bzw. der Intensivierung der Vor-Ort-Kontakte zu armenischen Regierungsstellen, der armenischen Zivilgesellschaft, internationalen Organisationen und Finanzinstitutionen, die bereits in der Phase der Ausarbeitung der Landesstrategie einbezogen waren und mit denen auch deren Umsetzung koordiniert werden wird.





Neben Projekten und Programmen im Rahmen der bilateralen Länderstrategie unterstützt die **Austrian Development Agency (ADA)**, der operative Arm der OEZA, in Armenien unter anderem auch NRO-Kooperationen, Wirtschaftspartnerschaften sowie grenzüberschreitende regionale Projekte.

Neben der OEZA werden noch über folgende österreichische Institutionen bzw. Instrumente wesentliche Beiträge zu den öffentlichen Entwicklungshilfeleistungen (*Official Development Assistance/ODA*) Österreichs in Armenien geleistet.

Die 2008 gegründete **Oesterreichische Entwicklungsbank (OeEB)** bietet Unterstützung durch Kredite und Beratungsprogramme zum Aufbau von Finanzierungseinrichtungen und von Klein- und Mittelbetrieben, beispielsweise im Energiebereich.

Seit 2010 ist Armenien ein Zielland für **Soft Loans** des österreichischen Finanzministeriums, wobei die Zuschusskomponente 35 % beträgt. Projekte, die mit diesem Instrument unterstützt werden, müssen nachweislich zur sozial und ökologisch nachhaltigen Entwicklung des Landes beitragen.

Zielführend und wichtig ist die Einbeziehung der **österreichischen Wirtschaft** in Projekte und Programme der OEZA. Gerade im Schwerpunktsektor Landwirtschaft ist die rasche Anpassung an Veränderungen auf Binnen- und Außenmärkten eine Voraussetzung für die Nachhaltigkeit der EZA-Interventionen. Erfolgreiche österreichische Exportunternehmen können hier wertvolle Erfahrung und Know-how einbringen. Entsprechende Kooperationen sind nicht nur für die armenische Bevölkerung von Nutzen, sondern auch eine Chance für österreichische Unternehmen, gemeinsam mit Partnern und Zielgruppen vor Ort neue Märkte zu entwickeln (*Win-win-Situation*).

Diese Landesstrategie wird in regelmäßigen Abständen einer Revision unterzogen und bei Bedarf an geänderte Umstände und Entwicklungen angepasst.



## Zahlen und Fakten

Name	Republik Armenien
Fläche	29.800 km <sup>2</sup> (Weltrang 139)
EinwohnerInnenzahl	3,077 Mio. (Weltrang 133)
Hauptstadt	Jerewan, 1 Mio. Einwohner
Regionen	10 Regionen und die Stadt Jerewan
Bevölkerung	97,9 % ArmenierInnen, 1,3 % KurdenInnen, 0,45 % RussInnen; daneben noch AssyrerInnen, GeorgierInnen, UkrainerInnen und GriechInnen
Sprachen	Armenisch (Amtssprache), Russisch, Minderheitensprachen
Religionen	Armenisch-apostolische Kirche („Gregorianer“); Minderheiten von Russisch-Orthodoxen, Protestanten und anderen
Nachbarstaaten	Türkei, Georgien, Aserbaidschan, Iran
BIP/Kopf	Euro 3.981 (WR 104)
Armutquote	26,5 %
HDI	WR 76
Democracy Index	WR 111
Transparency International-Index	WR 129
Doing Business Index	WR 55
Gini-Koeffizient	WR 56
BIP-Wachstum	4,0 %
Inflationsrate	7,7 %

## Kontaktadressen

### **Bundeministerium für europäische und internationale Angelegenheiten**

Sektion VII – Österreichische Entwicklungszusammenarbeit

Minoritenplatz 8, 1014 Wien, Österreich

Tel.: +43 (0)50 11 50 – 4417

Fax: +43 (0)50 11 59 – 6417

stefan.weidinger@bmeia.gv.at

### **Austrian Development Agency (ADA)**

**die Agentur der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit**

Länderdesk Armenien

Zelinkagasse 2, 1010 Wien, Österreich

Tel.: +43 (0)1 90 3 99 – 2538

Fax: +43 (0)50 11 59 – 323

programme@ada.gv.at

### **Büro für den Südkaukasus**

Radiani Street 12

0179 Tiflis, Georgien

Tel.: +995 (0) 32 2225 759

Fax: +995 (0)32 2253 684

tiflis@ada.gv.at